

# Die Reihenhausromantiker – Warum Schwarz-Grün schadet

FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND  
Vom 19.02.2010

**Schwarz-Grün ist die Kopfgeburt einer Minderheit. Die Parteien sind einfach zu verschieden. Tun sie sich zusammen, schadet das nicht nur ihnen selbst, sondern auch dem Land**

Von Stefan Tillmann

Für die CDU scheint der Fall klar: Die FDP hat in elf Jahren Opposition ihre Koalitionsfähigkeit verloren. Zeitgleich haben sich die Grünen gemausert, ihre Haare geschnitten, ihre Altbauwohnungen saniert. Und so flirten die Konservativen mit den einstigen Schmuttelkindern. Die Grünen fühlen sich durch Umfragen bestätigt, der Weg scheint frei für Schwarz-Grün in Nordrhein-Westfalen - und irgendwann im Bund.

Leider gibt es ein klitzekleines Problem: die Demokratie, in der es verschiedene Meinungen gibt. Zwischen Union und Grünen sind sie sehr viel unterschiedlicher, als es die Strategen gern hätten. Die Parteien passen schlichtweg nicht zusammen. Unter einem Bündnis würden beide leiden, vor allem aber die Grünen. Eine solche Koalition könnte sich auf nichts einigen, das Land würde stagnieren. Die einzigen Profiteure wären die FDP auf der einen und die SPD auf der anderen Seite.

Nur drei Prozent wollen Schwarz-Grün. Schwarz-Grün ist die Kopfgeburt einer Minderheit, erdacht von ein paar Parteistrategen, Ökospießern und gelangweilten Journalisten. Sie sehnen sich nach westdeutscher Reihenhausromantik. Die Bürgerkinder spielen wieder miteinander: die Ökos, die früher barfuß über die Gehwege liefen, und die Langweiler, die schon in der Pubertät die Falschparker in der Siedlung angezeigt haben.

Die Politik diskutiert seit mehr als zehn Jahren über die Mitte. Und verkennt all die Studien, die nachweisen, dass es weiter zwei Lager gibt: links und rechts der Mitte. Schwarz-Grün ist viel unbeliebter, als es die Parteizentralen glauben machen wollen. Vor der Bundestagswahl wünschten sich gerade mal drei Prozent der Befragten diese Koalition: letzter Platz hinter der Ampel (14 Prozent).

Die Wähler von CDU und Grünen haben schlicht kaum etwas gemeinsam - außer, dass sie vielleicht in derselben Siedlung aufgewachsen sind. Während für die Unionswähler Wirtschaft und Arbeitsmarkt wahlentscheidend sind, gehen die Grünen wegen Klima und Bildung zur Urne. Und bei all diesen Themen gibt es immer noch große Unterschiede. Die Grünen-Wähler plädieren am ehesten für mehr Steuern, umgekehrt ist gerade für ein Prozent der Unionsanhänger die Atomenergie ein Problem.

Die Differenzen zeigt auch der faule Kompromiss, auf den sich Schwarz-Grün in der Hamburger Schulpolitik geeinigt hat. Die Bürgerproteste dort mögen polemisch sein, aber sie zeigen das breite Unverständnis für das taktische Bündnis. Sollten die Parteien nicht nur in Hamburg enger zusammenarbeiten, müssten sie ihrer jeweiligen Basis enorm viel zumuten: ob Multikulti oder Leitkultur, Adoptionsrecht für Homosexuelle oder Schutz der Ehe, Datenschutz oder innere Sicherheit, Gemeinschaftsschule oder Elitenförderung - gerade bei den vermeintlich kleinen, aber emotionalen Themen liegen sie meilenweit auseinander.

Es sind die Themen, mit denen die Wahlkämpfer im entscheidenden Moment punkten; Konfliktlinien, entlang denen die Parteien entstanden sind. Und wer nicht gerade vom Einparteienstaat träumt, soll es begrüßen, dass es bei einem Thema zwei und mehr Meinungen gibt. Eine Annäherung ist illusorisch und teilweise nicht wünschenswert. Nur weil viele Grünen-Wähler in bürgerlichen Restaurants dinieren, sind sie noch lange nicht konservativ. Von einer Abwanderung wäre die Union dabei weniger betroffen. Wo sollen die Gegner von Multikulti und Kuschelpädagogik auch hin? Die FDP ist in vielen strittigen Fragen ohnehin gemäßiger.

Die Grünen hingegen würden mit weiteren schwarz-grünen Koalitionen einige Wechselwähler an die SPD verlieren. Klar, die SPD paktiert auch regelmäßig mit der Union, das betonen die Grünen immer. Aber sie vergessen, dass ihre Klientel bei ihren wichtigen Fragen viel sensibler reagiert als die Genossen – sie steht politisch auch vielfach weiter links. Gerade für die Grünen wäre es gefährlich. Bei Jürgen Rüttgers denken die Grünen an die "Kinder statt Inder"-Kampagne und seine Lästerei über Rumänen. Und nicht an mögliche grüne Akzente, die sich die NRW-Grünen in Nebensätzen eines Koalitionsvertrags sichern könnten.

Für die Grünen besteht auch gar kein Anlass zu solchen Manövern. Sie sind - unabhängig von Themen und Politikern - hervorragend positioniert. Als einzige linke Partei haben sie den Übergang in die Dienstleistungsgesellschaft geschafft. Sie hatten nie große Sympathien in der Arbeiterschaft. Und profitieren nun davon, dass die SPD den Sprung verpasst hat. Kreative, Freiberufler, Wissenschaftler - ein Großteil der linken Akademikerschar ist von der SPD zu den Grünen gewechselt. Und dies ist genau die Gruppe, die strukturell wächst und konstant wählen geht. Bei sinkender Wahlbeteiligung ist das ein wichtiges Argument.

Die Grünen können eigentlich machen, was sie wollen - ihre Zielgruppe wächst. Für politische Details und Personaldebatten interessiert sich ohnehin nur eine Minderheit. Auf schwarz-grüne Sperenzien und ein paar Reihenhausromantiker können die Partei und das Land gut verzichten. Viel wichtiger sind Regierungen, die sich bei wichtigen Fragen zumindest halbwegs einig sind.

© FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND